

Krise in Pakistan

Jochen Hippler

Serien von Terroranschlägen in Pakistan, die Kämpfe in den Stammesgebieten, die gewaltsame Erstürmung der „Roten Moschee“ in Islamabad und die Ermordung von Benazir Bhutto haben die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit auf Pakistan gelenkt, das lange nur am Rande und in Bezug auf Afghanistan wahrgenommen wurde. Aber nicht nur in der journalistischen Berichterstattung,¹ sondern selbst in stärker wissenschaftlich ausgerichteten Publikationen kommt es zu Vereinfachungen und Schematisierungen, die unser Verständnis des Landes und seiner Konflikte erschweren. Typisch dafür ist, dass die Konflikte in Pakistan vorwiegend entlang einer Konfliktlinie „säkular/gemäßigt/demokratisch“ versus „radikal/extremistisch/islamistisch“ diskutiert werden, so etwa durch die International Crisis Group,² bei Cohen³ oder Rieck.⁴ Dieser Gegensatz zeichnet sich, insbesondere in westlichen Gesellschaften und nach dem 11. September 2001, durch ein hohes Maß an Plausibilität aus, er wird den Realitäten Pakistans allerdings nicht gerecht.

Zunächst ist die Gleichsetzung oder Assoziierung von „säkular“ und „demokratisch“ in Pakistan höchst irreführend: Die Militärführungen waren und sind – von der teilweisen Ausnahme Zia ul-Haq einmal abgesehen – in der Regel säkular und von Erwägungen bürokratischer Rationalität und den eigenen Machtinteressen geleitet (dies galt auch für Zia ul-Haq), nicht von göttlichen Geboten. Trotzdem hat das Militär bereits viermal geputscht und diktatorisch regiert, was seinen geringen Grad an demokratischer Orientierung belegt. Auch die großen säkularen Parteien (die Pakistanische Volkspartei der Familie Bhutto, PPP, und die *Pakistan Muslim League*, PML, die von den Brüdern Nawaz und Shabaz Sharif kontrolliert wird) engagieren sich unter bestimmten Umständen gegen

- 1 So z.B. in: Armenhaus und Atommacht, in: Spiegel-online Spezial 2007, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/jahreschronik/0,1518,521624,00.html>; auch: Where the Jihad Lives Now, in: Newsweek, Oct 20, 2007, abrufbar unter: <http://www.newsweek.com/id/57485/output/print>; oder: Die große Angst, in: Die Zeit, 8.11.2007, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2007/46/Pakistan?page=all>.
- 2 International Crisis Group, Pakistan: Karachi's Madrasas and Violent Extremism, Crisis Group Asia Report N°130, 29 March 2007, aber auch andere Berichte von ICG.
- 3 Steven Cohen, The Jihadist Threat to Pakistan, in: The Washington Quarterly, Vol. 26, No. 3, Summer 2003, S. 7.
- 4 Andreas Rieck, Pakistan zwischen Demokratisierung und „Talibanisierung“, in: APuZ, 39/2007, S. 25.



Dr. Jochen Hippler, geb. 1955, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen. Arbeitsschwerpunkte: Identitäten, Naher und Mittlerer Osten, Afghanistan und Pakistan.
post@jochen-hippler.de

Militärdiktaturen (obwohl sie in unterschiedlichem Maße auch zur Kollaboration bereit waren). Aber beide haben ein höchst gespaltenes Verhältnis zur Demokratie. Einerseits benötigt man halbwegs demokratische Verhältnisse, um die Macht übernehmen zu können, andererseits waren die Regierungspraktiken beider Parteien nicht immer an demokratischen Spielregeln orientiert. Am deutlichsten war dies bei der Amtsführung von Zulfikar Ali Bhutto und bei der zweiten Amtszeit von Nawaz Sharif erkennbar, als dieser sogar Schläger unter Führung von Abgeordneten einsetzte, um das Oberste Verfassungsgericht zu stürmen und die Richter einzuschüchtern.⁵ Auch von innerparteilicher Demokratie – eine wichtige Voraussetzung demokratischer Verhältnisse – kann weder bei der PPP noch der PML auch nur ansatzweise die Rede sein.

Dazu kommt, dass beide Parteien zwar im Kern säkular sind, ihr Verhältnis zu radikalen und extremistischen religiösen Parteien aber alles andere als eindeutig ist. Beide haben immer wieder aus opportunistischen Gründen mit Extremisten kooperiert oder selbst Öl ins Feuer religiöser Radikalisierung gegossen. Unter der säkularen PPP wurden – beispielsweise – Alkohol in Pakistan verboten, die Ahmadis vom Parlament durch Verfassungsänderung zu einer „nicht-islamischen“ Sekte erklärt (und damit einer alten Forderung religiöser Extremisten entsprochen) und gemeinsam mit der PML und den religiösen Parteien 1993 die *Sharia* vom Parlament beschlossen. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass ausgerechnet die säkulare Benazir Bhutto „die Mutter der Taliban“ ist, so spottet man in religiösen Kreisen.⁶ (Die Taliban wurden tatsächlich in der Amtszeit von Benazir Bhutto durch ihren Innenminister aufgebaut.) Hinzu kommt die Zusammenarbeit Benazir Bhuttos, Nawaz Sharif und General Musharraf mit der Taliban-nahen JUI. Die Konfrontation zwischen säkularen und radikal-religiösen Kräften ist in Pakistan eine Fiktion, die teilweise aus innenpolitischen Gründen, vor allem aber gegenüber den westlichen Regierungen behauptet wird. Tatsächlich sind die Konflikte innerhalb der säkularen und innerhalb der religiösen Kräfte mindestens so heftig wie zwischen ihnen. Es lässt sich sogar feststellen, dass die

5 Muhammad Asghar Khan, *We've Learned Nothing from History – Pakistan: Politics and Military Power*, Karachi 2005, S. 225.

6 Gespräch des Verfassers mit Sami-ul Haq, dem Maulana der Madrassa, an der auch Taliban-Führer Mullah Omar ausgebildet wurde, September 2007.

radikalen religiösen Parteien häufig taktische Schachfiguren der säkularen Politik waren, säkulare Konkurrenten zu schwächen oder außenpolitisch Einfluss zu nehmen (etwa in Afghanistan oder im indischen Teil Kaschmirs).

Umgekehrt lässt sich auch eine häufig behauptete „radikal-islamistische“ Einheitsfront, die sich primär gegen die säkulare Demokratie richtete, kaum empirisch belegen. Erstens besteht keine tragfähige religiöse Einheitsfront, sondern die religiösen Kräfte sind tief gespalten und in Konkurrenz zueinander. Zweitens sind die fragilen religiösen Bündnisse nicht „islamistisch“, sondern eher eine Mischung verschiedener ideologischer Richtungen, in denen der Islamismus meist die kleinere ist. Der größere Teil der religiösen Radikalen ist nicht islamistisch (also modern, primär politisch, städtisch), sondern literaristisch und reaktionär (und ländlich). Beide Strömungen gehen lediglich taktische Bündnisse ein, die oft nur durch Drängen des säkularen Militärs zustandekommen. Drittens sind beide Strömungen nicht antistaatlich, sondern ins politische System integriert und bedienen sich zwar oft einer militanten Rhetorik, bleiben aber friedfertig. Noch im Januar 2008 hat die islamistische JI die gewalttätigen religiösen Extremisten in den paschtunischen Siedlungsgebieten aufgefordert, auf Gewalt zu verzichten.⁷ Auch der im September 2007 in Peshawar erschosene Maulana Hassan Jan (von der JUI, mit guten Kontakten zu den Taliban) war in Pakistan vor allem dafür bekannt, in seinen Freitagspredigten immer wieder die Gewalt verurteilt zu haben.⁸

Jenseits der beiden Hauptströmungen radikaler Religiosität hat sich inzwischen in den paschtunischen Stammesgebieten, aber auch in Regionen wie dem oberen Dir- und dem Swat-Tal eine gewaltsame, jihadistische Szene entwickelt, die in Konkurrenz zu den etablierten radikal-islamischen Parteien steht, auch wenn sich deren Theologie z. T. überschneidet.

Schließlich sollte noch darauf hingewiesen werden, dass in Pakistan selbst der größte Teil der reaktionären und der islamistischen religiösen Parteien (also JUI und JI) einen positiven Bezug auf demokratische Verfahren entwickelt hat. Wie ihre

7 JI urges Taliban to give up violence, in: Dawn, 18. January 2008.

8 Eigene Gespräche in Peshawar zum Zeitpunkt des Mordes.

säkulare Konkurrenz sind sie in ihrem Kern nicht besonders demokratisch, jedoch ist auch für sie Demokratie *nützlich* und die einzige Chance, ein Stück der staatlichen Macht zu erhalten.

Pakistan durchlebt eine schwere Krise, die von einem hohen Gewaltpotenzial geprägt ist. Zugleich betreiben die radikalen religiösen Parteien eine nicht nur konservative, sondern offen reaktionäre Gesellschaftspolitik, die insbesondere von Frauenfeindlichkeit gekennzeichnet ist. Allerdings wäre es vereinfachend und falsch, diesen Parteien auch die Hauptschuld an der Welle der Gewalt in Pakistan zuweisen zu wollen. Diese hängt mit dem Übergreifen des Afghanistankrieges nach Pakistan und der damit verbundenen proamerikanischen Politik von Präsident Musharraf zusammen, die von fast allen Pakistanern abgelehnt wird. Die Gewalt geht vor allem von am rechten Rand der etablierten radikal-islamischen Parteien abgebröckelten Jihadisten aus, die „außer Kontrolle“ der religiösen Parteien und des Militärs ISI geraten sind – und vom Militär, das neben einem Krieg in den Stammesgebieten zugleich einen gegen die nationale Autonomiebewegung der Belutschen führt.

